Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland

Eine Auswahl von Zitaten

„Die Serie der terroristischen Morde, die den inneren Frieden der Bundesrepublik zutiefst gefährden, wäre unmöglich gewesen, wenn nicht in den letzten Jahren durch Verharmlosung und intellektuellen Zuspruch die anarchistischen Gewalttäter Unterstützung gefunden hätten.

Die pseudowissenschaftliche Verbrämung anarchistischer Kampfparolen und ihre verhängnisvolle Förderung durch manche Repräsentanten des kulturellen und politischen Lebens haben in der Bundesrepublik ein Klima entstehen lassen, in dem die Terroristen zunächst interessierte Toleranz und dann in immer stärkerem Maße aktive Unterstützung durch zahlreiche Sympathisanten fanden.“
(Helmut Kohl, Union in Deutschland Nr. 31/77 v. 8. 9. 1977)

Der Terrorismus wird nur dann wirksam bekämpft werden können, wenn es gelingt, die geistigen, gesellschaftlichen und politischen Ursachen zu klären, die zu dieser den inneren Frieden, Demokratie und Rechtsstaat gefährdenden Entwicklung geführt haben:

„Uns selbst müssen wir die Frage stellen, ob wir rechtzeitig und ausreichend auf die geistigen Herausforderungen reagiert haben“, heißt es in der Erklärung der katholischen Bischöfe zum Terrorismus vom 22. September 1977.

Die nachfolgend vorgelegte Auswahl von Zitaten zum Terrorismus in der Bundesrepublik soll dazu beitragen, einer weiteren Fehleinschätzung, Verharmlosung und Verwischung von Ursachen, Wirkungen und Verantwortlichkeiten zu begegnen. Die Auswahl belegt zugleich die Leichtfertigkeit und die Unverantwortlichkeit der Behauptungen, die Warnungen und Initiativen der CDU/CSU seien nichts anderes als „Geschäfte mit der Angst und Panikmache“ gewesen. Die schrecklichen Ereignisse der jüngsten Vergangenheit zwingen zu einer geistigen und politischen Klärung.

Helmut Gollwitzer

„Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der die schreiende Ungerechtigkeit der heutigen Gesellschaft, die sich auch in ihrem Strafrecht und Strafvollzug auswirkt, überwunden ist. . ."

Stern, 31. Januar 1971

Heinrich Böll

„Ja, wenn links etwas geschieht, gibt es gleich einen Riesenpalaver. Rechts aber ist die politisch aktivierbare Macht. Die Justiz läßt 2 000 Nazis mit schweren Verbrechen auf dem Buckel frei herumlaufen, aber um Fritz Teufel, für mich ein liebenswerter Anarchist, macht man großes Geschrei. Das ist doch eine Verschiebung der Proportionen, und das macht mich mißtrauisch."

„AZ", München, 17./18. April 1971

Heinrich Böll

„Es (das Manifest der Baader-Meinhof-Bande) ist eine Kriegserklärung von verzweifelten Theoretikern, von inzwischen Verfolgten und Denunzierten, die sich in die Enge begeben haben, in die Enge getrieben worden sind und deren Theorien weitaus gewalttätiger klingen, als ihre Praxis ist."

Der Spiegel, 10. Januar 1972

Günter Grass

„Und wenn man von Verhältnismäßigkeit ausgeht — und ich unterschätze die Baader-Meinhof-**Gruppe** in ihrer Tätigkeit und auch in ihrer Funktion als Popanz ganz gewiß nicht —, aber wenn man von der Verhältnismäßigkeit ausgeht, ist der Fall Schrübbers in seinen Auswirkungen gefährlicher für die parlamentarische Demokratie als der Einzelfall einer linken kriminell gewordenen **Gruppe** Baader-Meinhof."

ARD-Sendung „Panorama", 7. Februar 1972

Helmut Gollwitzer, Professor der Theologie

„1968 haben Gudrun Ensslin und ihre Freunde in ihrer Verzweiflung über die moralische Dickfelligkeit der bundesrepublikanischen Bevölkerung und ihrer offiziellen Repräsentanten mit einem Kaufhausbrand als sinnlich anschaulichem Zeichen die Menschen aufrütteln wollen."

„Übergänge", Berliner Beiträge zur Politik und Kirche, Mai 1972

Helmut Gollwitzer

„Die intellektuelle Verantwortlichkeit für die Bombenanschläge ist bei denen zu suchen, die seit Jahren den über das vietnamesische Volk herabregnenden Bombenmord rechtfertigen. Sie dürfen sich nicht wundern, wenn dann einige aus der Bahn geratene Leute auch hierzulande meinen, Bomben rechtfertigen zu können."

Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 11. Juni 1972

Jochen Steffen

„Terror sei zwar, so sagte der SPD-Landesvorsitzende, kein Mittel zur Systemveränderung, es dürfe jedoch nicht übersehen werden, daß fast aller Terror nicht aus sich selbst geboren wurde, sondern das Kind unerträglicher Verhältnisse, amoralischer Machtausübung und Terrors von oben ist. Der Terror sei häufig das Kind jenes Terrors, den man duldet oder gar selbst ausübe."

Die Welt, 10. Oktober 1972; auch FAZ, 9. Oktober 1972

Helmut Gollwitzer

„Die Menschheit kann sich den Kapitalismus nicht mehr leisten, sie stirbt an ihm. Darum ist es ein Kampf auf Leben und Tod. Er verlangt von uns Disziplin, Hingabe, Selbstlosigkeit."

„berliner EXTRA-dienst", 28. September 1973

Werner Maihofer

„Der Linksextremismus stellt jedoch trotz vereinzelter hochgefährlicher terroristischer Aktivitäten innerhalb der sogenannten ‚Neuen Linken' keine gegenwärtige Gefahr für die freiheitlich demokratische Grundordnung dar."

Vorwort zum Verfassungsschutzbericht 1973, vorgelegt am 11. Juli 1974

Marie Schlei

„Ich halte die Situation nicht für gegeben, daß eine Welle neuer Terroranschläge, Übergriffe und neuer Beunruhigung der Bürger zu erwarten ist."

Interview mit dpa, 12. November 1974

„Sozialistische Assistentenzelle" am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, in einer „Stellungnahme zum Tode von Holger Meins und zum Attentat auf den Präsidenten des Berliner Kammergerichts".

„Für eine sozialistische Strategie kommt es aber gerade darauf an, die staatliche Gewalt nicht als individuell ausgeübte, sondern als strukturell in der bürgerlichen Klassengesellschaft angelegt zu bekämpfen. Der Mord an Drenkmann hat das Individuum Drenkmann beseitigt, nicht den Präsidenten des Kammergerichts."

„berliner EXTRA-dienst, 15. November 1974

Siegfried Haag

„Heute ist wichtiger, ob wir die angefangene Aufgabe fortführen können oder ob ich ausgeschlossen werde oder ob ich mit einer Kugel im Kopf meine Laufbahn beende."

Deutsche Zeitung, 22. November 1974

Willy Brandt

„Seit die sozial-liberale Koalition in Bonn regiert, sind die wesentlichen Voraussetzungen geschaffen, um unseren Staat auch im Innern zu sichern."

SPD-Pressemitteilungen, 27. November 1974

Jungsozialisten

„Die Jungsozialisten stellen fest: Die Reaktion nimmt die jüngsten Ereignisse zum Anlaß, um Angst und Hysterie in der Bevölkerung zu erzeugen und sich als einzige Kraft darzustellen, die in der Lage ist, ‚Recht und Ordnung' wieder herzustellen. Personen wie Dregger, Carstens, Strauß und Löwenthal aber sind die für die Demokratie weitaus gefährlicheren geistigen ‚Terroristen'."

Die Bremer Jungsozialisten in der SPD in einem Beschluß am 13. Dezember 1974. Die schleswig-holsteinischen Jungsozialisten in der SPD übernahmen diesen Text sinngemäß in ihrer Entschließung vom 12. Januar 1975.

Jochen Steffen

„Bei den Anarchisten ist nur eines völlig klar. Das ist ihre sehr sympathische Zielvorstellung. Sie wollen eine auf Recht und Freiheit gegründete Gesellschaft ohne Gewalt."

„das da", Nr. 1, Januar 1975

Wilhelm Dröscher, Schatzmeister der SPD

„Die Angst- und Panikmacher der CDU/CSU haben auch an dieser Jahreswende wieder ihr Soll an Pessimismus erfüllt . . ."

Südwestfunk, 4. Januar 1975

Willy Brandt

„Am 10. November 1974 ermordeten Polit-Terroristen den Sozialdemokraten und Berliner Kammergerichtspräsidenten von Drenkmann. Seitdem versuchen CSU/CDU und ihnen nahestehende Zeitungen, ein öffentliches Klima zu erzeugen, das nur mit einem Begriff gekennzeichnet werden kann, nämlich: wirklichkeitsblinde Hysterie."

„sozialdemokrat magazin", Januar 1975

Helmut Schmidt

„. . . habe ich hier erfahren, daß der Peter Lorenz — das ist nämlich der freundliche Herr hier mit Hornbrille, der das verantwortet, diesen Unfug — sich offenbar nachts in seiner Wohnung ängstigt. Da hört er unbekannte Geräusche, vielleicht ist es Herr Lummer. Aber, liebe Freunde, dies ist nicht nur zum Lachen, sondern in Wirklichkeit soll hier wie immer auch auf dem Feld der inneren Sicherheit wieder einmal mit Angstmacherei der Bürger daran gehindert werden, sich in Ruhe ein Urteil vom Verstand her zu bilden. In Sachen öffentliche Sicherheit in Berlin ist das Ganze nun außerdem auch noch ziemlich lächerlich."

Auf einer Wahlversammlung der SPD in der Berliner Deutschlandhalle, 5. Februar 1975

„Ich weiß sicher, daß ein Honorar vereinbart worden ist, die Höhe ist mir jedoch unbekannt."

Zu den öffentlich erhobenen Vorwürfen, der SPIEGEL habe für dieses sogenannte „Interview" ein Honorar von 15 000,— DM gezahlt, brachte die Kölnische Rundschau am 17. Februar 1975 Generalbundesanwalt Siegfried Buback.

Erhard Eppler

„. . . wenn wir uns nicht, diese Partei, von der ich herkomme, in den letzten sechs, sieben Jahren intensiv mit diesen jungen Leuten beschäftigt hätten, die damals in diese Studentenbewegung hineingekommen sind, 67, 68, 69 die großen Demonstrationen gemacht haben, wenn wir uns nicht in tage- und nächtelangen Diskussionen darum bemüht hätten, die in eine demokratische Partei zu integrieren, sie zum Motor, auch ein Stück Motor für die Demokratie zu machen, dann hätten wir heute einen ganz anderen Terrorismus, dann wären nämlich sehr viel mehr in diese kriminelle Ecke abgewandert und dann möchte ich mal wissen, wie es heute stünde."

ZDF, 27. Februar 1975

Willy Brandt

„Hier wird Angstpropaganda betrieben, die das kriminelle Verhalten einer kleinen Gruppe zur ernsten Bedrohung für den Staat hochstilisiert. Ich meine: Solche kalkulierte Hysterie kann für unser Land folgenschwerer sein als die zeitweiligen Umtriebe einiger politischer Nihilisten."

„Contact", Februar/März 1975

Gerhard Jahn

„Unsere Rechtsordnung bietet ja jede Möglichkeit zur Bekämpfung der Kriminalität, auch zur Bekämpfung terroristischer Aktivitäten. Deshalb gibt es keinen Anlaß zu besonderen parlamentarischen Initiativen."

BILD am Sonntag, 9. März 1975

Richard Ebert, Landesvorsitzender der Jungsozialisten Schleswig-Holsteins

„Nach dem Modell, nach dem sich politische Extreme wieder begegnen, sind die reaktionären Teile von CSU/CDU die direkten Nachbarn der Terroristen. Es muß erlaubt sein, Baader, Meinhof, Strauß und Carstens in einer Reihe und einem Atemzug zu nennen."

Flensburger Tageblatt, 22. März 1975

Willy Brandt

„Aber es ist ja auch kein Geheimnis mehr, daß die innere Sicherheit ein Feld ist, auf dem sich Demagogen und Angstmacher mit Vorliebe tummeln."

SPD-Pressemitteilungen vom 11. Juni 1975

Heinrich Böll

„Der ‚Radikalenerlaß' oder ‚Extremistenbeschluß', diese Schändlichkeiten, werden ja Hunderte, vielleicht Tausende von Jugendlichen, die nicht nur im ‚öffentlichen Dienst', auch aufgrund kursierender schwarzer Listen in der Privatwirtschaft untragbar geworden sind, in den Untergrund treiben — und was sie dort ausbrüten, was sie möglicherweise anrichten werden, das mögen die Parteien verantworten, die solche Erlasse und Beschlüsse tragen."

„konkret" Nr. 2, 29. Januar 1976

Günter Wallraff, Schriftsteller

„Ich habe einen gewissen Horror davor, in die Bundesrepublik zurückzukehren, in diese Kulturscheiße . . .“

WDR, 2. Programm, 15. März 1976

Ulrich Blank, Rundfunkredakteur

„. . . wie alle großen Täter war natürlich auch Ulrike Meinhof ein Opfer . . . Mehr denn je ist es deshalb notwendig, die Hysterie zu überwinden und mit ihr die Versuchung, die Bedrohung aus dem Untergrund mit den Mitteln des Polizeistaates zu bekämpfen.“

WDR, 9. Mai 1976

Helmut Gollwitzer zum Tode von Ulrike Meinhof

„Und (ich) bin tieftraurig darüber, daß diese hochbegabten Menschen wie sie und Gudrun Ensslin und Horst Mahler, die ich kenne, durch einen Weg, den ich für ganz falsch halte, ausfallen in dem zähen und nötigen Kampf für eine Veränderung unserer Gesellschaft, für die Beseitigung und Beendigung des zunehmenden Elends, das in dieser Gesellschaft angerichtet wird. Sie sind Menschen, die nie etwas für sich gewollt haben, ganz selbstlose Menschen, die sich zum Opfer bringen wollten. Natürlich sind die Haftbedingungen schuld. Ulrike ist nicht der einzige Häftling, der sich erhängt in unseren Gefängnissen mit vielfach noch mittelalterlichen Haftbedingungen — und wo man mit diesen politischen Straftätern nicht anders umzugehen weiß, als es hier geschehen ist. Natürlich sind die Haftbedingungen mit schuld.

Hier hat eine aufgegeben in tiefer Einsamkeit und Verzweiflung. Zugleich ist das aber eine doppelte Frage, finde ich, an uns alle: einmal, wie viele Menschen wachsen heran jetzt, die auf den gleichen Weg gedrängt werden, weil bei uns der Spielraum für eine Gesellschaftskritik und Arbeit an Gesellschaftsveränderung immer enger wird, immer mehr werden alle durch Radikalenerlaß, Jugendarbeitslosigkeit, akademisches Proletariat usw. usw. in die Illegalisierung und Kriminalisierung gedrängt — viel mehr als damals, als Ulrike den Weg freiwillig wählte. Und daran sind wir alle schuld. Und gerade die, die heute die Gesetze machen und die jungen Menschen aus dem normalen Berufsweg ausschließen.

Auch ich möchte mit den paar Worten dazu beitragen, daß einige nachdenklich werden und aus dem Opferweg dieses Menschen, der selbst zum Opfer der Strategie wurde, die Ulrike selbst vertreten hat, aber selbstlos vertreten hat, fragen, was mit unserer Gesellschaft los ist, daß diese hochbegabten und selbstlosen Menschen keinen anderen Weg mehr wissen, als mit Bomben um sich zu schmeißen.“

WDF, Tagesthema, 11. Mai 1976

Helmut Gollwitzer

„Diesen Menschen mit einem schweren Leben, der sich das Leben dadurch schwer gemacht hat, daß er das Elend anderer Menschen sich so nahe gehen ließ, diesen

Menschen in seinen Hoffnungen und Kämpfen und Depressionen, sehe ich jetzt im Frieden der Liebe Gottes. Sie ist in den Tod gegangen aus Motiven, die sie uns nicht gesagt hat. Aber sie ist in Wirklichkeit hineingegangen in die Liebe Gottes."

„berliner EXTRA-dienst", 18. Mai 1976

Jürgen Baumann, designierter Justizsenator von Berlin

„Ich glaube nicht, daß man den mündlichen Verkehr der Verteidiger überwachen soll. Wir können eine so schwerwiegende Maßnahme nicht zulassen wegen einiger weniger Fälle, denn es ist nicht so, als ob die Bundesrepublik mit Terroristen überschwemmt wäre."

Die Welt, 13. Juli 1976

Jürgen Schmude, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesinnenminister

„Die innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland ist gewährleistet. Weder die Entwicklung der allgemeinen Kriminalität noch die Aktivität politisch motivierter Terroristen geben Anlaß zu Furcht oder Bestürzung."

SPD-Pressedienst, 27. August 1976

Werner Maihofer

„Auch die Erfolge bei der Bekämpfung des Terrorismus sind unbestreitbar."

Pressedienst des Bundesministerium des Innern, 8. September 1976

Heinz Pensky, MdB (SPD)

„. . . versucht die CDU/CSU, dem Bürger in einer verantwortungslosen Kampagne zur Erzeugung von Hysterie immer wieder einzureden, daß er Angst um seine Sicherheit haben müsse: Angst wegen steigender Kriminalitätsziffern, Angst vor Terroristen und so weiter. Diese Angst ist völlig unbegründet."

SPD-Pressedienst, 24. September 1976

Hans-Jochen Vogel

„Aus amtlicher Erkenntnis ist die Lage dahin zu beurteilen, daß es uns in den letzten anderthalb Jahren gelungen ist, die deutsche Terroristen-Szene ganz erheblich zu dezimieren und zu verunsichern . . . Wir haben durch entschlossene und konsequente Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen die Dinge unter Kontrolle gebracht, ohne nun sagen zu können, daß es künftig keine Anschläge mehr geben wird."

Hessischer Rundfunk, 1. Oktober 1976

Peter Schneider, Schriftsteller

„Anstelle der immer wieder aufgeschobenen Reformen wurde zunächst der Polizei- und Justizapparat ausgebaut. Die Großfahndung nach Mitgliedern der Baader-Meinhof-Gruppe lieferte den Vorwand zur politischen Diffamierung der gesamten Linken. Vorläufiger Höhepunkt dieser Entwicklung sind die Berufsverbote gegen

fortschrittliche Lehrer und Richter sowie gegen gewerkschaftlich organisierte Jugendvertreter."

WDF, 10. März 1977

Heinz Pensky

„Doch gerade in Momenten, wo uns allen praktisch die Galle hochkommt, kann blinder Eifer nur schaden. Solch blinden Eifer, gepaart mit einem beispiellosen Zynismus, haben aber gerade in diesen Tagen maßgebliche Sprecher der Oppositionsparteien wie Franz Josef Strauß (CSU) und Friedrich Vogel (CDU) offenbart. Eine beispiellose Menschenverachtung spricht aus ihren Vorschlägen, in bestimmten Teilbereichen die Gesetze bzw. Strafandrohungen zu verschärfen."

SPD-Pressedienst, 12. April 1977

„kleine Berichterstattung aus dem Tegeler ‚Lager' "

„Mit Begeisterung und lautstarkem Jubel haben die Gefangenen der JVA-Tegel die Hinrichtung des Bundesanwalts Buback aufgenommen: In der JVA Tegel herrschte am Donnerstagvormittag, den 7. April 1977, die übliche — aufgezwungene Ruhe. Kaum hatten die Gefangenen die Hinrichtung des BA Buback durch ihre Rundfunkgeräte und Lautsprecher erfahren, brachen sie in einen spontanen Jubel aus. Besonders im Hause III, wo die Kollegen auf den Gängen anfingen zu tanzen, während ein großer Teil Beifall klatschte.

Wahrlich, die Gefangenen hatten und haben bei diesem Anlaß Grund zu jubeln, da sie, also wir, diese Verbrechen, Schikanen und praktizierten Selbstmorde u. a. täglich an eigenem Leibe verspüren, für die einzig und allein BA Siegfried Buback als letzter Mann dieses mörderischen deutschen Justizapparates in hohem Maße die Schuld und Verantwortung trug!!! Buback war und ist für uns eine Verkörperung für deutschen Faschismus und Sadismus innerhalb der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin!! Die Hinrichtung von BA Siegfried Buback war und ist eine unmißverständliche Warnung an alle — jene Faschisten, die skrupellos wie vor 35 Jahren schon wieder unschuldige Menschenleben zerstören und vernichten! Nun endlich muß es diesen zweibeinigen Raubtieren langsam dämmern, klar geworden sein, daß keiner von ihnen, früher oder später, der gerechten Strafe des Volkes entgehen wird!"

„Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten", Nr. 174, 22. April 1977; in dem Beirat des Informationsdienstes, der in Frankfurt erscheint, sind u. a. Helmut Gollwitzer, Volker Schlöndorff und Gerhard Zwerenz vertreten.

„Ein Göttinger Mescalero"

„Meine unmittelbare Reaktion, meine ‚Betroffenheit' nach dem Abschuß von Buback ist schnell geschildert: ich konnte und wollte (und will) eine klammheimliche Freude nicht verhehlen. Ich habe diesen Typ oft hetzen hören, ich weiß, was er bei der Verfolgung, Kriminalisierung, Folterung von Linken für eine herausragende Rolle spielte . . ."

„Göttinger Nachrichten", hrsg. vom AStA der Universität Göttingen, 25. April 1977

„Kommunistischer Bund“

„An der Universität Frankfurt werden Flugblätter des Kommunistischen Bundes (KB) mit der Überschrift ‚Wir trauern um ein großes Schwein‘ verteilt, in denen eine Solidaritätserklärung des KB für den Artikel in der Göttinger AStA-Zeitung enthalten ist. Der Flugblatt-Text schließt mit der Frage: Wollen wir uns die Freude über den Tod des Herrn B. verbieten lassen (ehrlich: gibt es irgendwo Mann oder Frau, die sich nicht gefreut haben?)??“

Die Welt, 13. Mai 1977

„Revolutionäre Zelle“

„Wir wollen mit unserem Kampf, der alle Formen des Kampfes in der jeweils richtigen Situation umfaßt, von der Sabotage im Betrieb bis zu Enteignungen und Entführungen, diesen Staat an seinen empfindlichsten Stellen treffen und ihn entlarven. Wir wollen Machtpositionen erkämpfen und Erfolg haben. Alle Angehörigen der herrschenden Klasse sollen in ihrem Willen unsicher sein, sie haben lange genug ruhig geschlafen . . .

Natürlich, die Angst vor dem Gefängnis ist da. Doch sie ist überwindbar und tritt zurück durch das, was wir wollen. Da die völlige Indentität von Leben und Kampf — weniger pathetisch kann ich es im Moment nicht sagen — da ist, oder tendenziell verwirklicht wird, muß man sich völlig mit allem, was man hat und ist und kann, einsetzen. Nur so ist jeder Kampf auch gleichzeitig so etwas wie ein Schritt zur Selbstbefreiung.“

Ein nicht namentlich genanntes Mitglied einer „Revolutionären Zelle“ zur Frage, „welche Illusionen man an die Terrorgruppe hängt“; in der Sendung „Terrorismus“ im dritten Hörfunkprogramm des WDR, 14. Mai 1977

Erich Fried, Schriftsteller

Der Abscheu vor ihm
half Herzen
verhärten wie seines

Aus einem Gedicht: „Auf den Tod des Generalbundesanwalts S. Buback“
„das da“, Nr. 7, Juli 1977

Willy Brandt

„Nach solchen abscheulichen Taten haben Scharfmacher immer ihre Stunden und ihre Kunden.“

Westfälische Rundschau, 4. August 1977

Heinrich Albertz, Pastor, früherer Regierender Bürgermeister von Berlin

„Es ist unsere Gesellschaft, die ihre Mörder produziert.“

in ARD, „Wort zum Sonntag“, Zitat nach Frankfurter Rundschau vom 25. August 1977

Peter Schütt, Mitglied des DKP-Vorstands

Aus dem Gedicht „Kein pflichtgemäßer Nachruf":
„Jürgen Ponto,
ein ungewöhnlich gewöhnlicher,
ein Gewohnheitsbanker, wurde
kaltblütig ermordet . . .
Der Mann, austauschbar
und beileibe kein „unersetzlicher
Verlust", wurde liquidiert.
Sein System triumphiert."

„berliner EXTRA-dienst", 9. September 1977

Erich Fried

„Ich kenne keine bürgerliche Demokratie in Europa, in der Massenmedien und Behörden ein Maß der Verkommenheit oder des Zynismus oder der durch die Schädigung des Gemeinwohls verbrecherischen Dummheit erreicht hätten, wie sie in der Verfolgung Mescaleros und seiner Verteidiger an den Tag kommen. Auch wenn Mescalero einige Worte unglücklich gewählt hat — was er will und meint ist klar und anständig und richtig überzeugend."

„das da", Nr. 9, September 1977

Dr. Helmut Simon, Richter am Bundesverfassungsgericht und Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages

Frage: „. . . Sie teilen nicht die Einschätzung von Golo Mann, der geschrieben hat: Wir befinden uns im Krieg."

Antwort: „Nein, nein. Das muß ich ganz deutlich ablehnen aus meiner Sicht. Das ist eine so große Überschätzung des Terrorismus; das könnte dem so passen, daß wir das täten. Wir müssen uns doch klarmachen: Es ist nicht nur eine begrenzte Zahl auf seiten der Terroristen, sondern auch die von ihm ausgehende Gefahr ist begrenzt. Sie betrifft einen sehr kleinen Teil unserer Bevölkerung, für den ist es schlimm genug, aber wie wir vom Soldaten im Krieg erwarten, daß er Opfer bringt, so müssen wir dann auch von dieser begrenzten Zahl die Bereitschaft, ein begrenztes Risiko zu tragen, erwarten."

Südwestfunk, 11. September 1977

Parlamentarisch-Politischer Pressedienst

„Jetzt hört man sie wieder, die Rufer nach der Todesstrafe, nach Ausnahmezustand und standrechtlichen Erschießungen, die Kopf-Ab-Jäger. Sie scheuen sich nicht, das scheußliche Verbrechen von Köln zu nutzen, um ein parteipolitisches Süppchen zu kochen."

12. September 1977

Willy Brandt

„Terrorismus hat nichts mit links zu tun."

Hamburger Morgenpost, 13. September 1977

Spiegel

In der Nr. 4 vom 20. Januar 1975 gab der Spiegel den vier in Stuttgart einsitzenden Terroristen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und Ulrike Meinhof Gelegenheit, ihre Vorstellungen und Absichten in einem langen Interview in aller Öffentlichkeit zu verbreiten. Beim Zustandekommen dieses illegal aus dem Stuttgarter Gefängnis geschmuggelten „Interviews" hat der Anwalt Croissant eine zentrale Rolle gespielt. Dies geht aus einem Schreiben des Spiegel an Croissant vom 12. Dezember 1974 hervor, in dem es wörtlich heißt:

„Ihrem Wunsch, das Gesprächsmanuskript Ihrer Mandanten nicht aus den Augen zu lassen, kommen wir gerne nach. Bitte, bestellen Sie einen Vertrauten, der bei unserer Bearbeitung ständig zugegen sein kann."

Zitiert nach ZDF-Magazin, 14. September 1977

„Bewegung Undogmatischer Frühling" in einem Wort an Herrn Schleyer

„Wir haben nichts dafür übrig, daß Sie in eine Lage gebracht wurden, wo die Alternative nur darin zu bestehen scheint, zu Ihrem schäbigen Leben zurückzukehren oder einen schäbigen Tod zu sterben."

Flugblatt des „Info Mescalero Nr. 3" in einer Adresse an Hanns-Martin Schleyer
laut Die Welt, 15. September 1977

Bericht aus Hamburg der Fachhochschule für Pädagogik in Hamburg-Barmbek

„Auf eine Werbefläche im Stadtteil Eimsbüttel hatten Unbekannte das von den Terroristen stammende Foto Schleyers als Gefangener der RAF geklebt. Darüber standen die Worte: Kein falsches Mitleid.

Am Langenhorner Markt, in der Nähe des Reihenhauses von Bundeskanzler Helmut Schmidt, mußte die Polizei ein Plakat entfernen, auf dem es hieß: Kein falsches Mitleid mit Schleyer . . . Die Bourgeoise heult, weil es einer Handvoll Anarchisten gelungen ist, einen ihrer Häuptlinge zu klauen. Gern hätten sie es, wenn alle Arbeiter und Angestellten einstimmen würden in das Gejammer. Deshalb sind die Zeitungen voller Rührgeschichten über den Menschen Schleyer. Die Arbeiter haben aber keinen Grund zum Jammer. . ."

Die Welt, 15. September 1977

Herbert Marcuse

„Die von den Terroristen als Opfer gewählten Vertreter des Kapitals sind ihnen für den Kapitalismus verantwortlich, wie Hitler und Himmler verantwortlich waren für die Konzentrationslager."

Die Zeit, Nr. 39, 16. September 1977

Zur Ermordung von Generalbundesanwalt Siegfried Buback

„An vielen Universitäten gab es Sympathiekundgebungen für die Mörder. Genau einen Tag nach dem Mord an Generalbundesanwalt Siegfried Buback am 12. April 1977 nahm das seit vier Jahren erscheinende linksextremistische Blatt Info Berliner

undogmatischer Gruppen den Mord an Buback zum Anlaß, zu revolutionärer Gewalt aufzurufen: Organisiert Euch in Kampfgruppen, schafft viele revolutionäre Zellen, schafft viele Bubacks!

Am 25. April veröffentlicht die Zeitung des Göttinger Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) Göttinger Nachrichten einen Beitrag mit dem Titel: Buback — ein Nachruf. Darin heißt es u. a.: Meine unmittelbare Reaktion . . . nach dem Abschuß von Buback ist schnell geschildert: Ich konnte und wollte (und will) eine klammheimliche Freude nicht verhehlen . . . Dieser Artikel wurde darauf hin in mehreren deutschen Universitäten verteilt.

Im Juli wird die Kontroverse um den Schmähruf plötzlich in eine neue Dimension gehoben: 43 namentlich genannte Professoren, ein akademischer Oberrat und vier Rechtsanwälte aus acht Universitätsstädten der Bundesrepublik (Berlin, Bremen, Osnabrück, Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Hamburg, Bielefeld) geben am 1. Juli in Berlin unter dem Titel Buback — ein Nachruf — eine Dokumentation eine Broschüre mit der Göttinger Veröffentlichung und Stellungnahme dazu heraus.

Und nach der Ermordung Jürgen Pontos wird die Verbreitung des Nachrufs weitergeführt: im Berliner Info-BuGe Nr. 167 verkündet der Verfasser eines Beitrags, daß er vergangenen Samstag, dem Tag des Ponto-Mordes, bei den Abendnachrichten seine klammheimliche Freude nicht verbergen konnte.

Am 23. September veröffentlichte die Berliner Organisation der Jungdemokraten den Text des Buback-Nachrufes; vor der Presse erklärte der Landesvorsitzende der Jungdemokraten, Christian Walther, die Jungdemokraten betrachten diese Veröffentlichung als Beitrag zum Kampf gegen den Terrorismus."

Frankfurter Rundschau, 24. September 1977

CDU-Dokumentation — Verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelanderstraße 173. Geschäftsführer: Peter Müllenbach, Gerhard Braun. **Druck:** VVA-Druck Düsseldorf.